

Pressemitteilung

Potsdam, 4. Mai 2015 / 071

Bei Rückfragen wenden
Sie sich bitte an:

Pressesprecher
Rainer Liesegang

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Fachtagung im Landtag fokussiert Teilhabe- möglichkeiten von Migranten

Migrantinnen und Migranten in ihrer Autonomie und Selbstentfaltung zu bestärken, zählt nach den Worten von Parlamentspräsidentin Britta Stark zu den wesentlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen der [EmPa II-Abschlussstagung](#) zum Thema „(Politische) Teilhabe von Migrant/innen zwischen Integrationskonzepten und Realität“ sagte Stark heute im Landtag: *„Inzwischen geht es nicht mehr nur um Integration, sondern um Inklusion. Neuangekommene sollten ganz selbstverständlich von Beginn an dazugehören und keine Scheu haben, sich einzubringen – in ihrer Kommune, im Sportverein, in der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen und in den demokratischen Parteien. Ihnen Mut zu machen, auf die eigenen Stärken zu vertrauen, kann zu ihrem Engagement für das Gemeinwesen wesentlich beitragen.“*

Als Veranstalter der Fachtagung haben die [RAA Brandenburg](#) Mitglieder der Integrations- und Ausländerbeiräte und Migrantenorganisationen zu einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Das Projekt ["Empowerment und Partizipation für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern II" \(EmPa II\)](#) baut auf das gleichnamige Vorgängerprojekt von 2009-2011 auf. EmPa II verfolgt das Ziel, das bürgerschaftliche Engagement und die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in den neuen Bundesländern durch Qualifizierung von Personen, Vernetzung von Organisationen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu fördern. Das Projekt wird von den RAA Brandenburg in enger Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg durchgeführt. Weitere Kooperationspartner sind die Integrations- bzw. Ausländerbeauftragten der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, sowie das Referat Zuwanderung und Integration des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und des Landes Brandenburg.